

KOMMENTAR

Die Hoffnung lebt

Von Werner Eckert



Seit Jahren ist es immer wieder das bestimmende Thema im Landkreis: die Zukunft der Krankenhäuser. Entsprechend gespannt warten alle Beteiligten auf den kommenden Montag. Soll doch da im Kreistag endlich eine Strukturreform getroffen werden, die im Idealfall nicht nur für wirtschaftlichen Erfolg in absehbarer Zeit sorgt, sondern auch wieder Ruhe und Frieden bei den Bürgern und in den politischen Gremien herstellt. Und das über viele Jahre hinweg. Anders als die jüngste Strukturreform, die, kaum dass sie beschlossen war, wieder zerplückt, zerredet und ad absurdum geführt wurde.

Die Berater von BAB und der Geschäftsführer wollen vor der Abstimmung am Montag im Kreistag noch keine konkreten Aussagen zu der im Aufsichtsrat ausgewählten Strukturempfehlung machen (siehe Bericht). Doch auch ohne Wissen um die Details – allein ihr „Stimmungsbericht“ lässt hoffen.

Wie sah es denn in der jüngsten Vergangenheit aus? Erinnern wir uns: Gerade hatten wir alle schweren Herzens von den Experten gelernt, dass das Heil im Krankenhauswesen in der Spezialisierung liegt, dass Haus A nicht das selbe machen darf wie Haus B, da rechnete der Rhön-Konzern vor, dass das alles Unsinn ist und überall alles gemacht werden soll – nur so würde es funktionieren. Zu allem Überfluss schien es auch noch so zu sein, dass es ohnehin vergebliche Mühe wäre, sich über kluge Konzepte den Kopf zu zerbrechen, weil einige Kreisräte freimütig bekannten, dass man nie auf einen grünen Zweig kommen würde, weil sich die Damen und Herren Entscheidungsträger wegen regionaler Rücksichtnahmen gegenseitig blockieren würden.

Sollten nun Achim Momm (BAB) und Geschäftsführer Clemens Kühlem recht haben, dass im Aufsichtsrat die Kirchturm-Politik fast keine Rolle mehr gespielt hat, dass man endlich über imaginäre Grenzen von Altlandkreisen hinweg denkt, dass man entschlossen war, zu dem für den Landkreis in seiner Gesamtheit besten Ergebnis zu kommen und dies auch mit großer Mehrheit so beschlossen hat, dann wäre alleine das schon Grund, eine Flasche Sekt zu öffnen. Hätte diese Haltung Bestand und würde auch noch die Geschäftsführung in ihren Kompetenzen gestärkt und ein Stück weit unabhängiger von der Politik, dann wäre das schon die halbe „Miete“, unabhängig davon, wie die Struktur im Detail aussieht. Lassen wir uns überraschen – die Hoffnung lebt!

Aufsichtsrat hat seine Wahl schon getroffen

Entscheidung über Krankenhäuser aber erst im Kreistag – Alle Standorte bleiben – Mehr Effizienz, weniger Personal

Von Werner Eckert

Eggenfelden. Die Stunde der Wahrheit naht. Am Montag wird der Kreistag in einer öffentlichen Sitzung ab 9 Uhr über die zukünftige Struktur der Krankenhäuser beraten und entscheiden. Der Aufsichtsrat hat sich im Vorfeld mit großer Mehrheit auf einen Vorschlag des Beratungsunternehmens BAB geeinigt. Zu den Details allerdings (siehe auch nebenstehenden Kommentar) wurde bis zur Sitzung am Montag Stillschweigen vereinbart. Einige Aussagen aber machten Achim Momm (BAB) und Interims-Geschäftsführer Clemens Kühlem gegenüber der Presse doch bereits. Beide halten im übrigen an dem Ziel fest, mit der gefundenen Lösung innerhalb von etwa drei Jahren wirtschaftlich eine „schwarze Null zu schreiben“.

Zwei Tage in Klausur

Am Mittwoch und Donnerstag in dieser Woche hat sich der Aufsichtsrat auf einer zweitägigen Klausur in der Schlossökonomie Gern einmal mehr ausführlich mit der zukünftigen Weichenstellung bezüglich Strategie und Struktur der drei Klinikstandorte beschäftigt. Anlass war die Präsentation der Beratungsergebnisse zum Gesamtkonzept durch das Beratungsunternehmen BAB. Und es war gut, so Achim Momm, dass man sich so viel Zeit für die Klausur genommen hat, denn „es waren nicht immer einfache Diskussionen“. Insgesamt haben die Berater dem Vernehmen nach dem Gremium drei Optionen für die Standorte Eggenfelden und Pfarrkirchen vorgestellt. Für Simbach wären zwei Optionen zur Verfügung gestanden.



Sie sind zuversichtlich, dass eine gute Lösung für die Zukunft der Kreiskrankenhäuser gefunden wurde: Achim Momm (links) von der Beraterfirma BAB und Geschäftsführer Clemens Kühlem. – Foto: Eckert

Nach der Diskussion, die, laut Momm, „sehr sachlich und zielorientiert geführt worden ist, was in der Vergangenheit wohl nicht immer der Fall war“, habe sich der Aufsichtsrat „mit großer Mehrheit“ auf eine Beschlussempfehlung für den Kreistag verständigt. Mit dieser empfohlenen Lösung würden alle gestellten Anforderungen – hohe Qualität der medizinischen Versorgung, Wirtschaftlichkeit und Erhalt aller drei Krankenhausstandorte – erfüllt. Man habe auch die Sorge der Bevölkerung berücksichtigt und an allen drei Standorten eine erste Anlaufstelle für Notfallversorgung sichergestellt.

Wobei Clemens Kühlem betont, dass es in erster Linie zuerst immer um die Qualität der Versorgung, nicht um den Standort gehen müsse und man auch die Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten wolle. Verantwortung und Zuständigkeit lägen hier nicht nur bei den Krankenhäusern, sondern auch bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Unangetastet blieben die drei Notarztstandorte und

die Krankenhäuser würden sich an diesem System weiter beteiligen. Das BRK kenne das Konzept und habe es für in Ordnung befunden.

Projektleiter Achim Momm betonte, die Klausur sei „vom Geist geprägt gewesen, eine gute Lösung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu finden.“ Auch Landrätin Bruni Mayer habe betont, dass jetzt das Votum der Bevölkerung entscheidend sei und es darum gehe nach vorne zu schauen und eine gute Entscheidung für die nächsten zehn bis 15 Jahre zu treffen.

Nur noch wenig Kirchturmpolitik

Kirchturmpolitik habe „bemerkenswert wenig“ stattgefunden, versichert Momm. Er rechne auch nicht mit „großem Widerstand“ aus Richtung des Betriebsrates. Dieser sei frühzeitig eingebunden worden. Es sei auch nicht so, dass durch die vorgeschlagene Option ganze Abteilungen dicht gemacht und

massenhaft Leute ihren Job verlieren würden. Die Notwendigkeit zu Einsparungen aber sei schon gegeben.

Nach Aussage von Clemens Kühlem gehe es darum, dass man am Ende zu effizienteren Strukturen mit weniger Mitarbeitern komme. Man versuche aber, dies durch natürliche Personalfuktuation und dergleichen darzustellen. Es fehle allerdings derzeit noch der Überblick über alle Abteilungen, wie sich dies zahlenmäßig darstellen würde.

„Wir werden es nicht allen recht machen können“, erinnerte Momm an seine bereits früher getroffene Aussage. Er sei aber überzeugt, dass eine insgesamt gute Lösung, über alle Standorte hinweg, gefunden worden sei. Und auch in Braunau werde man, so glaubt er, damit zufrieden sein. Der ausgewählte Vorschlag komme zudem der Lösung mit nur einem Haus – was entsprechend dem Bürgerwillen nie eine Option gewesen sei – von der Wirtschaftlichkeit her am nächsten.

Verifiziert und aktualisiert

worden sei bei der Klausur auch das Beschlusspaket der Geschäftsführung, mit dem die Kapitalausstattung für die nächsten Jahre sichergestellt werden soll. Hier habe sich Anpassungsbedarf aus Abstimmungen mit dem Wirtschaftsprüfer und der Kammer ergeben. Geschäftsführer Kühlem ist zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden wurde, die der Kreiskrankenhäuser Rottal-Inn GmbH den notwendigen finanziellen Rahmen gewährt ohne die Haushaltsplanung des Landkreises zu überfordern.

Aufsichtsrat bleibt nichtöffentlich

Beschlossen wurde auch, dass die Geschäftsführung – mit Unterstützung durch BAB – beauftragt wird, einen neuen Satzungsentwurf sowie Geschäftsordnungen der Organe der Gesellschaft (unter anderem Aufsichtsrat und Geschäftsführung) zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates vorzulegen. Ziel müsse es unter anderem sein, zu einem höheren Tempo bei Entscheidungen zu kommen. Eines scheint bereits sicher: Der Beschluss des Kreistages, dass den nichtöffentlichen Sitzungen des Aufsichtsrates ein öffentlicher Teil voranzustellen ist, wird wohl wieder gekippt. Nach rechtlicher Prüfung sei festgestellt worden, dass die Sitzungen „definitiv nicht öffentlich sein können“. Allerdings sei es ausdrücklicher Wunsch des Aufsichtsrates, dass die Geschäftsführung, so wie in den vergangenen Monaten praktiziert, weiterhin die Öffentlichkeit nach jeder Aufsichtsratsitzung informiert. Dazu zähle auch, dass die Belegschaft noch am Tag der Entscheidung im Kreistag im Rahmen einer Mitarbeiterversammlung informiert werde.